

Bildung sollte zu Eigenständigkeit befähigen, nicht nur Fachwissen vermitteln

Nachbericht zur Veranstaltung des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Schülerplanspiels United Nations (SPUN): „Diskurs Bildung und Jugend“

Effizienz steht im Fokus der Bildungspolitik vieler Länder: Vor allem durch die Schulzeitverkürzung auf acht Regelschuljahre (G8) sowie die Einführung der Studienabschlüsse Bachelor und Master sollen junge Erwachsene schneller am Erwerbsleben teilnehmen. „Das dient einem rein ökonomischen Ziel. Doch Bildung braucht Zeit und Erlebnisse, um erfahrbar und nachhaltig zu sein“, sagte Dr. Martin Booms, Leiter der Akademie für Sozialethik und Öffentliche Kultur (ask). Im Rahmen der Sitzungswoche des Schülerplanspiels United Nations (SPUN) in Bonn veranstalteten das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung, ask und der Verein SPUN eine Diskussion zum Thema „Bildung und Jugend“. Dabei sprachen sich die rund 310 Teilnehmer für eine Bildungspolitik aus, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu Eigenständigkeit befähigt und ihnen nicht nur Fachwissen vermittelt. Moderiert wurde die Diskussion von Adrian Patenge, dem stellvertretenden SPUN-Generalsekretär 2015.

Bereits zwei Jahre nach dem Abitur sei bei Schüler_innen nur noch zehn Prozent des Schulwissens verfügbar. Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag NRW, Renate Maria Hendricks, mahnte, dass zur Bildung auch das nachhaltige Lernen gehöre. Sie ist überzeugt: „G8 wurde nur aus wirtschaftlichen Gründen eingeführt. Die jungen Erwachsenen sollen schneller in den Beruf starten und schneller in die Rentenkasse einzahlen.“ Booms, der an den Universitäten Bonn und St. Gallen lehrt, stellte bei Studierenden einen Mangel an wichtigen Fähigkeiten und Kernkompetenzen fest, die aus seiner Sicht grundlegend für den Erfolg im Beruf sind. „Urteilsvermögen und die Fähigkeit zur kritischen Beurteilung, um auch Distanz von etwas nehmen zu können, fehlen. Wir kümmern uns nur um die Qualifizierung, nicht jedoch um die Orientierung“, erläuterte er.

Alexander Kauschanski setzt sich als UN-Jugenddelegierter 2015 für die internationale Partizipation von Jugendlichen ein. Der 21-Jährige unterstrich in der Diskussion: „Auf individuelle Talente und Fähigkeiten wird in der Schule nicht eingegangen. Es zählt nur die reine Wissensvermittlung. Da geht viel Talent verloren.“ Dass das keineswegs das Ziel des Lehrerberufes ist, machte Gabriele Klingmüller (SPD), Bürgermeisterin der Stadt Bonn deutlich. Die ehemalige Grundschullehrerin sagte, dass die PISA-Studien in dieser Hinsicht nachteilige Wirkung gehabt hätten. „Lehrer_innen sind Staatsdiener und müssen ministeriale Vorgaben ausführen – auch wenn sie diese als wenig sinnvoll erachten“, sagte die Sozialdemokratin. Und Hendricks pflichtete ihr bei: „Die Lehrer_innen haben Angst, ihren Stoff nicht zu schaffen.“ Der Unterricht zum Anfassen, wie er zum Beispiel durch Theaterstücke oder Exkursionen möglich sei, bleibe auf der Strecke. Anders sei das im Ausland. „PISA sagt im Übrigen nichts aus über die Qualität von Bildung. Die Studien geben nur Aufschluss darüber, wo etwas im Argen liegt“, erklärte die bildungspolitische Sprecherin.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es aus Hendricks Sicht nur verständlich, dass immer mehr Länder zu neun Regelschuljahren zurückkehrten. In Hessen würden bereits nur noch 17 der 170 Gymnasien acht Regelschuljahre anbieten. Die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem hält die Politikerin jedoch für richtig. „Wir brauchen das Gymnasium und eine zweite Schulform, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und die unterschiedlichen Lerntypen, die es unter Schüler_innen gibt, berücksichtigt – eben individuell wahrnimmt“, sagte Hendricks. Doch es müsse auch über Bildungsinhalte gesprochen werden. So stellte die mehrfache Mutter die Frage in den Saal, ob in einer sich stark verändernden Welt auch geänderte Unterrichtsinhalte notwendig seien. Die könnten beispielsweise Klimaschutz, Krisen oder das Bevölkerungswachstum in Indien behandeln. Als Erfolg der Landespolitik auf diesem Weg bezeichnete sie den Bildungskonsens zwischen CDU und SPD: „Wir haben

die Zahl der Schulen, an denen längeres gemeinsames Lernen möglich ist, von 200 auf 450 erhöht“, erläuterte die Landespolitikerin.

Doch auch an den Universitäten werden die Veränderungen, die es in den vergangenen Jahren in der Bildungspolitik gab, deutlich. „Den jungen Studierenden, die teilweise mit 17 Jahren an den Unis beginnen, fehlt es an persönlicher Reife“, berichtete Kauschanski aus seinem Studienalltag. Er bemerke soziale Ausgrenzung. „Die Jugendlichen bekommen das Gefühl, nicht dazu zu gehören“, beklagte er. Dozent Booms teilt diesen Eindruck. Die Umstellung auf die Bachelor- und Masterabschlüsse habe außerdem dazu geführt, dass die Studierenden auch während ihrer Jahre an der Universität weniger Zeit hätten, ihren Studieninteressen fundiert nachzugehen. „Im Vergleich zu früher finden weniger inhaltlich tiefgehende Diskussionen statt – vor allem abseits der offiziellen Unikurse“, resümierte Booms. Die Studierenden nähmen nur noch die Inhalte wahr, die am Ende auch mit Leistungspunkten, den so genannten Credits, belohnt würden. „In Deutschland wird auch an den Universitäten eine hochwertige Bildung geboten. Es wird jedoch kaum Orientierungs- und Reflexionskompetenz vermittelt“, sagte er.

Aus dem Publikum, das sich aus rund 250 Teilnehmern des Schülerplanspiels SPUN und 60 weiteren Gästen zusammensetzte, kam die Frage nach dem Wert und Nutzen des Abiturs auf. „Es darf nicht sein, dass ein Abiturschnitt aus NRW beispielsweise in Bayern anders bewertet und bei der Studienplatzvergabe behandelt wird als ein ‚Numerus Clausus‘ aus Baden-Württemberg“, mahnte Hendricks. Ein bundesweit einheitliches Abitur ändere aus ihrer Sicht jedoch nichts an der Qualität von Bildung. „Wir haben Bundesländer, die unterschiedliche Mittel einsetzen müssen, um individuell zu fördern“, sagte Hendricks. Das liege beispielsweise am unterschiedlichen Anteil der Bürger mit und ohne Migrationshintergrund. Das Abitur bezeichnete sie als Eintrittskarte zur weiteren Bildung: „In Deutschland kommt es aktuell auf viele formale Abschlüsse an und nicht auf persönliche Neigungen oder das eigene Potenzial.“

Moniert wurde aus dem Publikum, dass immer nur das Abitur im Fokus stehe und beispielsweise der Realschulabschluss wenig Beachtung auch in der öffentlichen Diskussion finde. Schließlich sei das duale Ausbildungssystem in Deutschland und die Fachkräfte, die es hervorbringe mit dafür verantwortlich, dass Deutschland die Finanz- und Wirtschaftskrise bisher so gut gemeistert habe. Booms unterstützte diesen Eindruck und verwies zusätzlich darauf, dass jedoch nicht jeder, der zur Abiturprüfung antrete, auch ein Studium beginnen müsse. „Für Dozenten und Studierende gilt in gleichem Maße: Wissenschaft bedeutet Leidenschaft zum Wissen. Wenn ich keinen Wissensdrang habe, bin ich in dem jeweiligen Studiengang oder vielleicht auch im Studium generell falsch“, sagte Booms.

„Wer Wissen hat, übernimmt auch immer Verantwortung für andere“, machte Kuschanski als UN-Jugenddelegierter deutlich. „Nicht jeder hat in unserer Gesellschaft die Möglichkeit, seine Meinung zu äußern. Die, die Wissen haben, sollten es auch nutzen“, fügte er hinzu. Doch darüber, ob Wissensvermittlung, beziehungsweise Bildung erfolgreich sein können, werde bereits früh im Leben von Kindern entschieden. „Die Unterstützung der Eltern ist dabei besonders wichtig. Die Voraussetzungen, die Eltern mitbringen, sind natürlich verschieden“, sagte Hendricks. So plädiere sie auch daher dafür, dass Kinder möglichst früh eine Kindertagesstätte besuchen: „Dort erhalten sie eine gezielte Sprachförderung und können von Gleichaltrigen lernen.“

Einen Tipp gab Booms den Teilnehmern noch mit auf den Weg: „Sie werden dann erfolgreich, wenn Sie nicht den Mainstream mitgehen, sondern einen eigenen Weg finden und einschlagen.“